

# Der Gesellschafter.

Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamtsbezirk Nagold.

Nr. 67.

Dienstag den 12. Juni

1866.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich 3 Mal, und zwar am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Abonnementspreis in Nagold halbjährlich 54 fr., im Bezirke Nagold sammt Postzuschlag 1 fl. 1 fr., im übrigen Theil unseres Landes 1 fl. 8 fr. — Einrückungs-Gebühr: Je dreieingepaltene Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaligem Einrücken 2 fr., bei mehrmaligem Einrücken je 1 1/2 fr.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Nagold. Gläubiger-Aufruf.

Friedrich Gottlob Fabner, Schneider von Altenstaig Stadt, will nach Neckenburg-Streitig auswandern, ohne die erforderliche Bürgschaft leisten zu können. Etwaige Gläubiger des Fabner werden deshalb aufgefordert, ihre Forderung beim Gemeinderath zu Altenstaig Stadt

in binnen 15 Tagen geltend zu machen, widrigenfalls nach Umlauf dieser Frist der Auswanderung Statt gemacht würde.

Den 10. Juni 1866.

Königl. Oberamt.  
Böhlz.

### Revier Nagold. Holz-Verkauf.



Am Donnerstag den 14. d. Mts., Morgens 9 Uhr, werden im Staatswald Nonnenbühl 3 Stamm Eichen mit 78 Cubikfuß

verkauft werden.

Nagold, den 9. Juni 1866.

K. Revieramt.

### Revier Ebmingen. Brennholz-Versteigerung



am Mittwoch den 13. Juni d. J., aus dem Staatswald Döbele 2:

3 1/2 Klafter tannenes Prügels u. Anbruchholz,

aus dem Staatswald Streichwäldle:  
77 1/2 Klafter tan. Scheiter u. Prügelsolz.

Zusammenkunft Vormittags 10 Uhr beim Rathhaus in Lügenhardt.

Sulz, 5. Juni 1866.

K. Forstamt.

21<sup>1</sup> Gurrweiler,

Oberamts Nagold.

### Liegenschafts- & Fahrniß-Verkauf.

Aus der Verlassenschaftsmasse der gestorbene Ehefrau des Georg Friedrich Waidelich, Baners von hier, wird am

Montag den 18. Juni d. J.,

Vormittags 9 Uhr,

auf dem hiesigen Rathhause die vorhandene Liegenschaft im öffentlichen Aufstreich verkauft und zwar:



Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Scheuer und Schopf

unter einem Ziegeldach, mit einem gewölbten Keller außen im Dorf an der langen Gasse;

6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrg. 28,6 Rth. Gras-, Baum- und Gemüsegarten beim Haus,

47<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrg. 45,5 Rth. Acker und 34,3 Rth. Weiz.

5 Mrg. 31,8 Rth., Parz. 101 in Mühl-

2 Acker, 2 Mrg. 2,3 Rth. Acker, Parz. 101 das.

6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrg. 46,5 Rth. Wiese, Parz. 93 in

13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrg. 44,5 Rth. Wiese, Parz. 101 in

Mühlacker mit Wasserungsrecht,

6 Mrg. 36,8 Rth. Nadelwald in Mühl-

1 Acker neben dem Gemeindewald und

10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Acker an der Rohlsägmühle.

Am gleichen Tage, Nachmittags von 1 Uhr an,

wird in dem Hause des Waidelich eine Fahrniß-Auktion gegen baare Bezahlung abgehalten, wobei vorkommt:

Bettgewand und Leinwand, Kleider,

Küchgeschirr, Schreinwerk, allerlei Haus-

rath, Feld- und Handgeschirr, 2 Kühe,

2 Schafe, 5 Hühner und 20<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Eimer Roggen.

Kaufsliebhaber werden hiezu eingeladen, mit dem Bemerken, daß Auswärtige, welche sich an dem Liegenschaftsverkauf betheiligen wollen, sich mit Vermögenszeugnissen zu versehen haben.

Den 9. Juni 1866.

Waisengericht.

## Privat-Bekanntmachungen.

Altenstaig.

### Gutes Münchener Bier

bei Schiffwirth Steeb.

Nagold.

### Stroh Hüte,

besonders auch für Landleute, zu sehr billigen Preisen bei

Albert Wayer.

Fassnieten J. Ehret & Sohn, vormals J. Huber in Altenstaig. Drübsstifte Patisterstifte

2 1/2 Berner Brennholz-Verkauf.



Mittwoch den 13. d. Mts. von Mittags 1 Uhr an, werden aus dem Freib. v. Güttingen'schen Wald

14 Ausflußlöcher, 1 Klafter buchenes, 1/4 " eichenes, 1 1/4 " birkenes und 69 1/2 " tannenes Brennholz im öffentlichen Aufstreich verkauft.

Zusammenkunft im Waldhorn in Berner Freib. v. Güttingen'schen Wald.

Den 4. Juni 1866.

Freib. v. Güttingen'schen Wald.

Freib. v. Güttingen'schen Wald.

Freib. v. Güttingen'schen Wald.

3 1/2 Altenstaig Stadt.

Familienverhältnisse veranlassen mich, mein aus

Seltenenraden gelegenes, in gutem Zustande befindliches

Haus mit eingerichteter Bäckerei und Brannt-

weindrennerei, sowie mit Gerechtigkeits- u. Bier- und Branntweinschank, unter billigen

Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Lusttragende können jeden Tag einen Kauf mit mir abschließen.

Michael Kirn, Bäcker.

Nagold.

Gelbes Wachs fertige Betten und Pfiffedern

empfehle

2 1/2 Altenstaig.

Lehrlings-Gesuch

Ein gut erzogener, junger Mensch, der das Maurerhandwerk und den Bauernbau zu erlernen wünscht, findet ein Stell-

bei J. Gottfr. W.

Wenden, Oberamts Nagold.

100 Gulden

sind gegen gefestigte Sicherheit oder gute Bürgschaft anzusetzen bei

J. Martin Dierkerle.



# Lebensversicherungs- und Ersparnis-Bank in Stuttgart.

Stand am 1. Januar 1866: 9456 Policen mit fl. 16,474,089.  
 Neuer Zugang bis 1. Juni 792 Anträge mit fl. 1,440,000.  
 Die bisher zur Vertheilung gekommene Dividende beträgt durchschnittlich über  
**40 Prozent.** — Dividende vom 1. Juli a. e. ab: 37 Prozent und stellt sich hier-  
 nach die reine Jahresprämie für eine Versicherung von fl. 1000. auf Lebenszeit, z. B.  
 im Alter von 30, 35, 40, 45, 50, 55 Jahren  
 nur auf fl. 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, fl. 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, fl. 20, fl. 23<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, fl. 28<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, fl. 35<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, jährl. Prämie.  
 Wer im Monat Juni noch aufgenommen wird, hat noch Antheil an  
 der Dividende des laufenden Jahrs.  
 Die Versicherung des Lebens bietet nicht allein gegen alle Wechselfälle die beste  
 Besorgung, sondern sie empfiehlt sich auch als die sicherste Geldanlage.  
 Statuten, Provisen unentgeltlich bei

den Agenten:  
**Ferd. Pfeifer** in Nagold,  
 Amtsnotar Kümmerlen in Altenstaig.

## Herbfeiern. Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben wir uns, Ver-  
 wandte, Freunde und Bekannte auf  
 Donnerstag den 14. und Freitag den 15. Juni  
 in unser Gasthaus zum Hirsch dahier freundlich einzuladen.  
**Johann Michael Bühler,**  
 Sohn des ref. Schultheiß Bühler, Hirschwirths,  
 und seine Braut:  
**Christina Katharina Wurster,**  
 Tochter des Joh. Georg Wurster in Holzbronn.

## Frucht-Preise.

Fruchtgattungen.	Nagold, 9. Juni 1866.			Altenstaig, 6. Juni 1866.			Freudenstadt, 2. Juni 1866.			Calw, 2. Juni 1866.			Tübingen, 1. Juni 1866.		
	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Dinkel, alter . . .	4 12	3 54	3 38	4 6	3 55	3 36	—	—	—	4 —	3 42	3 12	3 49	3 43	3 37
„ neuer . . .	—	—	—	5 30	5 15	5 6	5 20	5 12	5 3	5 6	5 1	4 45	—	5 —	—
Kernen . . .	—	—	—	4 —	3 56	3 54	4 3	3 58	3 54	4 —	3 47	3 42	3 45	3 41	3 37
Daber . . .	4 9	4 4	4 —	—	4 6	—	—	—	—	—	—	—	—	4 —	—
Gerste . . .	4 12	4 8	4 6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weizen . . .	—	—	—	5 6	4 59	4 54	5 3	4 50	4 38	—	4 54	—	—	—	—
Roggen . . .	5 6	4 32	4 15	5 —	4 58	4 48	—	5 —	—	—	—	—	—	—	—
Bohnen . . .	—	4 54	—	—	4 36	—	—	5 —	—	—	—	—	—	—	—
Erbsen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Linsen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

## Tages-Neuigkeiten.

(6. Sib. d. Abg.-Kam. Schlus.) Ein weiterer Antrag Desterlen's und Gen. lautet: die Kammer wolle das dringende Ansuchen an die Regierung richten, die Organisation unserer Wehrkraft im Sinne des Volkswehrsystems neben vorläufiger Beibehaltung der stehenden Truppenkörper einzuleiten. Hiezu stellt Schott das Amendement: die Regierung zu bitten, sie wolle die Umgestaltung des Heerwesens im Sinne des Volkswehrsystems zum Gegenstand umfassender und gründlicher Prüfung machen, und das Ergebnis derselben, wemöglich mit einem Gesetzesentwurf dem nächsten Landtage vorlegen. Dieses Amendement wird von der Kammer angenommen und fällt dadurch Desterlen's Antrag. Wohl beweist klärllich, daß das ganze Gerede von Volkswehr lauter Unfug ist und verschwommenen Vorstellungen entspringt. Er weiß gewiß, daß wenn man dem Volke diese Geißel aufbinden wollte, ein Aufstand unausbleiblich wäre. General v. Hardegg sagte in Betreff dieses Gegenstandes: das württembergische Heer stehe nicht im Gegensatz zum Volk, es fühle sich im Gegentheil eins mit diesem, und würde sich nicht zu verfassungseindlichen Absichten, die übrigens nirgends vorliegen, gebrauchen lassen. Auch sei es keine Waffe des Despotismus, wie Feher behauptete, weil wir keinen Despotismus haben. Ein bewaffneter Mann sei noch lange kein Soldat und ein Zusammenlaufen von ein paar bewaffneten Haufen noch lange kein Heer. Es bestehen große Irrthümer betreffend die Wohlfeilheit des Volkswehrs. Diese Irrthümer seien hervorgerufen durch Kolbs Statistik, deren Angaben ungenau und mangelhaft seien, und namentlich die außerordentlichen und individuellen

Kosten nicht in Berechnung ziehe. Er sei der Ueberzeugung, daß das reine Milizsystem für unsere politischen, socialen und geographischen Verhältnisse nicht tauglich. Allerdings lasse sich ein stärkeres Heer auch auf anderem Wege erreichen, durch große Kadres etc. Hiezu gehöre aber vor Allem die militärische Erziehung der Kinder fern von aller Kadettenpielerei und eine Militärsteuer für alle, welche ihre Dienstpflicht nicht persönlich leisten. Er würde gern alle ins Heer fesseln, aber dem stehen sociale und finanzielle Bedenken entgegen. Er werde sich jedoch mit dieser wichtigen Frage gründlich beschäftigen und ernstlich den Versuch machen, auf rationellem Wege ihre Lösung in einer das Wohl des Landes mit den militärischen Interessen versöhnenden Weise herbeizuführen. — In Verbindung mit Desterlen's Antrag, der Regierung dringend anzuschreiben, die längst geforderte Reform der Verfassung ohne Verzug in Ausführung zu bringen, kommt zur Berathung der Bericht der staatsrechtlichen Kommission (Berichterstatter Hölder) und lautet: Hohe Kammer wolle die R. Staatsregierung um beschleunigte Einleitung der wiederholt erbetenen zeitgemäßen Revision der Verfassung und um baldige Einberufung des nächsten ordentlichen Landtags zu Entgegennahme und Berathung der hierauf bezüglichen Vorlagen dringend zu ersuchen. Dieser Antrag wird nach kurzer Berathung mit 71 gegen 9 Stimmen (Ritterchaft und Geistlichkeit) angenommen. Endlich interpelliren Rittm. Sch. und Sarwey den Minister v. Barnbüler wegen der Einstellung der Eisenbahnbauten. Er ist sogleich zur Antwort bereit und sagt: Der Personenbahnhof in Stuttgart werde ausgebaut bis auf solche Theile, die nicht absolut nöthig seien. Was den Bau der Eisenbahnlinien betreffe, so müsse man hier unterscheiden. Die Vorarbeiten gehen ungehört fort,

## Nagold. Reunion

Durch die Carlsbader Musikgesellschaft Bo-  
 denstein am Dienstag den 12. Juni,  
 Abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei  
 J. Sautter, Bierbrauer.

Schön  
**Milchschweine**  
 hat zu verkaufen  
 Bäcker Kemmler.  
 2½ Nagold.  
 Ein großsträchtiges  
**Mutterschwein**  
 hat zu verkaufen  
 Metzger Seeger.

Wildbiera.  
 12 Stück 4 Wochen  
 alte Bastardmilchschweine  
 verkauft am  
 Donnerstag den 14. d.,  
 Morgens 10 Uhr,  
 Bäcker Dreymaier.

### Viktualien-Preise.

	Nagold.	Altenstaig.
Dachfleisch . . . 1 Pf.	13 fr.	— fr.
Lammfleisch . . . 1 „	— fr.	— fr.
Rindfleisch . . . 1 „	12 fr.	12 fr.
Kalbfleisch . . . 1 „	11 fr.	11 fr.
Schweinefleisch mit Speck	14 fr.	14 fr.
ditto ohne Speck	12 fr.	13 fr.
Butter . . . 1 Pf.	24 fr.	— fr.
Rindschmalz . . . 1 „	32 fr.	— fr.
Schweineschmalz . . . 1 „	26 fr.	— fr.
Eier 9 Stück . . . . .	8 fr.	— fr.

Frankfurter Cours  
 am 6. Juni 1866.  
 Böhlen . . . fl. 9 39 — 41  
 Hr. Friedr. or fl. 9 56 — 57  
 Holl. Post-St. fl. 9 36 — 39  
 Rand-Dutaten fl. 5 28 — 30  
 20 Neunt. St. fl. 9 17 — 18  
 Engl. Sovereigns fl. 11 36 — 40  
 Dollars in Gold fl. 2 25 — 26



Studien, Ueberschlüsse bis ins Detail und Grunderwerbungen werden nicht fñhrt. Bezüglich der zum Ausbau bestimmten Bahnen seien die Akkorde abgeschlossen und an deren Ausführung sei die Regierung gebunden. Wenn er unter relativ günstigen Bedingungen Geld bekomme, so werde er also im Voraus fortmachen, weil er viel billiger bauen, eine Menge Arbeiter in schwerer Zeit beschäftigen und alljährlicher Entmuthigung steuern könne. Hiemit hat die Sitzung nach 7stündiger Dauer ihr Ende erreicht. — (7. Sitzung.) Hopf interpellirt den Justizminister in Betreff der Meinschneiberer Schuldfrage. — v. Neurath beantwortete die Interpellation Desterlens wegen der Justizgesetzgebungsreform. Die Entwürfe über die Gerichtsorganisation und die Strafproceßordnung liegen vor dem Geheimrath zur verfassungsmäßigen Begutachtung. Die Civilproceßordnung sei noch nicht so weit vorgeschritten, weil sie von den Arbeiten in Hannover abhänge. — Der Finanzminister v. Neurath beantwortet die Interpellation des Frhrn. v. Gütlingen wegen der Einstellung der Waldarbeiten. Es seien, sagt der Minister, nur die Holzfällungen beschränkt worden. Die Kulturen und Gebauten gehen vorwärts, wenn die Vorkaufsrechte einer nochmaligen Prüfung unterworfen seien. Folgt nun die Beratung des Berichts der staatsrechtlichen Kommission über die Bitte der Amtsnotare des Landes um Gleichstellung mit den Gerichtsnotaren in Bezug auf die Staatsdienerverhältnisse. Referent v. Gemmingen. Mehrheitsantrag: der K. Regierung die Bitte zur Erwägung mitzutheilen. Antrag von Hölder und Gen. Uebergang zur Tagesordnung im Hinblick auf die bevorstehende Organisation, bei welcher diese Frage ohnehin zur Sprache kommen werde. — Folgen noch Petitionen. Die Abgeordneten Schulz, Cavallo, Walter v. Fr. und v. Gütlingen nehmen nochmals Anlaß, die dringende Bitte auszusprechen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Arbeiten in den Waldungen nicht nur nicht beschränkt, sondern sogar ausgedehnt werden. Aus den Erklärungen des Abg. Cavallo geht hervor, daß die Arbeiten in den Waldungen eben doch eingestellt waren. — (8. Sitzung.) Der Ministerrath ist unbesetzt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der staatsrechtlichen Kommission über den Antrag Hopfs, betreffend die Eideidung des Militärs auf die Verfassung. Der Kommissionsantrag lautet: „An die K. Regierung die Bitte um Einbringung eines Gesetzes zu richten, durch welches das Verhältnis des Militärs zu der Verfassung und den allgemeinen bürgerlichen Rechten und Pflichten festgestellt wird.“ Zeller will, daß an die K. Regierung die dringende Bitte um zu gerichtet werde. In dieser Form wird der Antrag angenommen. Da Hopf der Ansicht ist, es solle kein Mann ausmarschiren, der nicht den Eid auf die Verfassung abgelegt habe, so stellt er den Antrag, daß sofort das Militär, eventuell die Offiziere auf die Verfassung beieidigt werden. Diese Anträge werden jedoch abgelehnt, der eventuelle mit 33 gegen 31 Stimmen. — Nun beschäftigt sich auf Antrag Jölers und v. Dws die Kammer mit der Reiseauswandschädigung der Urlaubler, Exkapitulanten und Landwehrmänner und spricht an die K. Regierung die Bitte aus, diese Entschädigungen im vollen Betrage und für Alle gleichmäßig zu reichen. — Nachmittags 3 Uhr erfolgte der feierliche Schluß des Landtags durch Minister v. Geßler. Beide Häuser sind zusammengetreten, die Standesherrn und Minister sind in Uniform, des Königs Thron ist aufgerichtet. In der K. Botschaft, die Hr. v. Geßler verliest, wird die Hingebung an das Wohl des Vaterlandes, die fast einmütige Zustimmung zu den Regierungsvorlagen, das Zurücktreten der Parteiinteressen u. gerühmt und dann die in der Eröffnungsrede gemachten Zusicherungen wiederholt.

Stuttgart, 9. Juni. Heute fecht rückte die ganze dienstfreie Mannschaft zu einer Musterung vor Sr. Majestät dem König auf den großen Exercierplatz bei Cannstatt aus. — Die Befehle zur Mobilmachung des Truppenkorps sind erlassen. Sämmtliche Beurlaubte haben unverzüglich einzurücken.

Baden, 8. Juni. Der Großherzog äußerte, er billige den preussischen Reformplan vollständig in allen Specialitäten.

Frankfurt, 9. Juni. Bundestagsitzung. Preußen gibt anfänglich der jüngsten österreichischen Erklärung im Wesentlichen folgende Erklärung ab: Die Insinuation beabsichtigter gewaltthätiger Aneignung der Herzogthümer wird als wahrheitswidrig zurückgewiesen. Oestreich und Preußen vereinigten sich vertragsmäßig durch die Punktation vom 18. Januar 1864 dahin, die zukünftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur im gegenseitigen Einverständnis festzustellen, namentlich die Erbfolgefrage nicht anders als in gemeinsamem Einverständnis zu entscheiden. Dieser Rechtsaufstellung entspricht der Wiener Vertrag, von dem die Gasteiner Convention nur ein Ausfluß ist. Die österreichische Erklärung auf Uebergabe der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund durchbricht schneestracks alle seit Beginn des Kriegs von Oestreich festgehaltenen vertragsmäßigen Verpflichtungen. Preußen, eingedenk des nationalen Charakters der schleswig-holsteinischen Sache, ist bereit, dieselbe in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln, behufs friedlicher Lösung. Es erwartet auch jetzt nur den Augenblick, wo es diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln und erledigen kann, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einflusse partikulärer Interessen das Gegengewicht hält und die Bürgerschaft gewährt, daß die von Preußen gebrachten Opfer schließlich dem Gesamtvaterlande und nicht dynastischer Begehrlichkeit zu gut kommen. Un-

ter den gegenwärtigen Verhältnissen aber und bei der positiven Begrenzung, welcher die Kompetenz der Bundesversammlung durch die bestehende Verfassung unterliegt, muß Preußen Einspruch dagegen erheben, daß über seine eigene, durch blutige Kämpfe und internationale Verträge erworbenen Rechte ohne seine Zustimmung Verfügung getroffen werde. Die Einberufung der holsteinischen Stände könne, nachdem Oestreich den Gasteiner Vertrag gebrochen, nur nach Zustimmung beider Souveräne geschehen. Hierauf erfolgte eine österreichische Erklärung, worin bestritten wird, daß der Gasteiner Vertrag gebrochen worden; Oestreich sei daher auch nach Paragraph 1 des Gasteiner Vertrags allein zur Ständebertufung kompetent. Hierauf einstimmige Annahme des Militärausschussesantrags: in Mainz bayerisches Gouvernement und bairische Besatzung, nebst Theilen der Reservedivision; in Rastatt badische Festungsbehörde und Truppen, nebst einigen Bataillonen Reservedivision. Die Ausführung der Maßregel erfolgt mit baldmöglichstem österreichisch-preussischem Ausmarsch, wofür der Tag noch nicht festgesetzt. (T. d. St. A.)

Frankfurt, 9. Juni. In der nächsten Sitzung wird authentischen Nachrichten zufolge der Antrag gestellt werden, gegen Preußen, welches durch den Einmarsch in Holstein den Bundesfrieden verlegt hat, indem es sich gegen ein Bundesmitglied Selbsthilfe nahm, nach §. 19 der Bundesakte militärisch vorzugehen — daher nicht auf Bundesexekution, welche zu langwierig wäre.

Frankfurt, 9. Juni. Die Frankfurter Borsezeitung hat ein Wiener Telegramm vom 8. Juni Abends, nach welchem die Brigade Kalik angewiesen ist, Altona nöthigenfalls zu räumen und über Hannover sich zurückzuziehen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen wird stündlich erwartet.

München, 8. Juni. Bei der Adreßdebatte in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten sagte Hr. v. d. Pfordten n. A.: Wenn Oestreich und Preußen in Bezug auf die Berufung eines deutschen Parlaments einig seien, werde Baiern freudig zustimmen; mit einer Macht allein werde sich Baiern nicht einlassen, weil das die Zerstückung Deutschlands sei. Ein Triasparlament (Parlament von den Mittelstaaten), welches in der Kammer als Rettungsmittel angeregt worden, adoptirte die Regierung. Baiern hege keine Hintergedanken. Der Standpunkt der Regierung sei: Erhaltung des Friedens, keine Neutralität, Bekämpfung Dessen, der den Frieden breche, gleichviel, wer zuerst angreife. Die Erbherzogthümerfrage sei nur auf dem Bundeswege lösbar. Völl dankt der Regierung für ihre bisherige Verfuße zur Erhaltung des Friedens.

Gotha, 5. Juni. Der Herzog, nachdem er von Berlin zurückgekehrt, hat sich wiederholt in preussischer Generalsuniform gezeigt. Da er sonst nur in Civilkleidung zu erscheinen pflegt, so knüpft man auch an dieses Zeichen der Zeit allerlei Vermuthungen.

Weimar, 7. Juni. Nachdem die Aussicht eines günstigen Ergebnisses der Verhandlungen des Reiner-Ausschusses geschwunden ist, beabsichtigen mehrere deutsche, den preussischen Reformvorschlägen zustimmende Fürsten, außerhalb des Bundestages Beratungen über Parlaments-Einberufung im Interesse des Friedens herbeizuführen.

Berlin, 6. Juni. Der Krieg ist unvermeidlich und sein Ausbruch besser nach Stunden als nach Tagen zu berechnen. Wahrscheinlich wird dem Auseinandertreffen der großen Heere in Sachsen ein Vorspiel in Holstein vorangehen. Die 13. Division ist in der Stärke von 20,000 Mann nicht absichtslos in Minden stehen geblieben. Von militärischer Seite wird der sofortige Einmarsch in Holstein auch damit begründet, daß man den Oestreichern die Möglichkeit abschneiden müsse, das holsteinische Volk zu bewaffnen, daß man überhaupt sich den Rücken von jedem, wenn auch noch so geringen feindlichen Truppenkorps freigalten müsse. —

Berlin, 6. Juni. Iwesten hat vorgestern in dem dorotheenstädtischen Bezirksverein eine Rede gehalten, in welcher er „andere Personen und anderes System“ in der Regierung verlangte und sich sehr entschieden gegen die Unterstützung des Ministeriums Bismarck von Seiten des nächsten Abgeordnetenhauses oder von Seiten des Volkes (durch Annahme der verfassungswidrigen Darlehensscheine) aussprach. Eine Stelle seiner Rede lautete wörtlich: Es gibt in Preußen und namentlich außer Preußen auch liberale Männer, welche der Meinung sind, man müsse im Falle eines Kriegs seiner jeden Regierung, welches

ast Bo.  
2. Juni,  
erbrauer.  
e  
m mter.  
ntiges  
weine  
Seeger.  
Wochen  
schweine  
n 14. d.)  
Ubr,  
omayer.  
Altenstg.  
— fr.  
— fr.  
12 fr.  
11 fr.  
14 fr.  
13 fr.  
d. 9. 30—30  
Rand-Dataten fl. 5.28—30  
20 Franken-St. fl. 9.17—18  
Engl. Sovereigns. fl. 11.36—40  
Dollars in Gold fl. 2.25—26  
dass das  
graphischen  
Seer auch  
ehrbre aber  
Madetten-  
schicht nicht  
dem stehen  
jedoch mit  
en Versuch  
l des Lan-  
eizuführen.  
ingend an  
Berzug in  
der staats-  
de Kammer  
der wieder-  
im baldige  
nahme und  
ben. Die-  
immen (Mit-  
Mittnacht  
ng der Ci-  
der Per-  
theile, die  
en betreffe,  
esührt fort,



Systeme sic auch befolge, Geld bewilligen. Ich sage aber nein! In ruhigen Zeiten braucht man das Volk nicht; wenn man da seine Stimme mischete, haben wir stets darauf hingewiesen: Es wird eine Zeit kommen, wo die Regierung das Volk braucht, und dann wird das Volk der Regierung vorschreiben was es will. (Stürmischer Beifall.) Sollten wir jetzt davon abgehen?

Berlin, 7. Juni. Die Equipagen und der größte Theil der Dienerschaft des Grafen Karoly verlassen morgen Berlin. Der Gesandte selbst wird bald folgen. Herr v. Werther wird aus Wien erwartet. Auch mehrere preussische Gesandte bei andern Regierungen dürften hier eintreffen.

Köln, 5. Juni. Die heutige „Köln. Ztg.“ sagt in einem Leitartikel: „Oestreich will Krieg!“ Siege Oestreich, so sei die bis 1859 durchgemachte Reaktion ein Kinderspiel gegen diejenige, welcher das unglückliche Deutschland dann unterliegen werde.

Ein Landwehman K., der gegenwärtig in einem Dorfe in der Nähe Berlins in Quartier liegt, erzählt folgendes Kriegsabenteuer: Die unsaubern Betten, welche der Quartiergeber den Soldaten anbot, wurden ausgeschlagen und das Nachtlager auf dem Heuboden vorgezogen. Unter scherzhaften Unterhaltungen vergeht eine Stunde, schließlich aber fangen die Soldaten an, sich im Scherz zu ringen, bis sie endlich ermüdet einschlafen. Plötzlich werden mitten in der Nacht die Soldaten durch einen lauten Ruf nach Hilfe aufgeweckt. „Kommt zu Hilfe, mich haben die Säuen unter!“ ertönte es aus der Tiefe, und deutlich erkennen die Soldaten an der Stimme ihren Kameraden. Durch die Bewegungen bei dem Ringen haben sich die Bretter und Stangen, auf denen das Heu gelagert ist, verschoben, und bei einer Bewegung im Schlafe ist das Brett herunter und unser Held aus den Wolken 12—15 Fuß tief in den Schweinstall gefallen mitten auf die große Sau, die ihre Jungen gefährdet glaubte und wuthentbrannt Angriffe auf den seltsamen Eindringling aus der Höhe machte; noch zur rechten Zeit brachten die Kameraden Hilfe. Der durchgefallene Landwehmann ist mit einem blauen Auge und einigen Verwundungen am Beine davongekommen.

Hannover, 6. Juni. Vor stark gefüllten Tribünen diskutirte die zweite Kammer heute den bekannten Antrag v. Bennigsen's zur Kriegsfrage. Wegen die von den officiösen Blättern ausgesprochene Verläumdung, als ob er mit Graf Bismarck zur Mediation Hannovers sich verschworen hätte, erklärt v. Bennigsen vorab: daß er allerdings kürzlich mit Graf v. Bismarck auf dessen Veranlassung eine Unterredung gehabt, daß er aber nach wie vor ein Gegner sei der inneren Politik des Grafen so wohl, als seiner schleswig-holsteinischen und deutschen Politik überhaupt, eine Erklärung, welche Seitens der Kammer mit einem Bravo aufgenommen wurde. Für Hannover hielt v. Bennigsen strenge Neutralität geboten. Bei der Schlussabstimmung ward v. Bennigsen's Antrag mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Kendsbürg, 7. Juni. Die hiesige Garnison räumt auf Befehl des Statthalters v. Gablenz die Festung im friedlichsten Einvernehmen mit den zurückbleibenden Preußen. Der Gouverneur v. Manteuffel wird erwartet.

Kiel, 8. Juni. Bei der Abreise der österreichischen Statthaltertschaft war auf dem Bahnhofs eine Kompanie des preussischen Seebataillons aufgestellt. Sämmtliche Marineoffiziere unter Führung des Contre-Admirals Juchmann, der Hafenkommandant Mertens, die Offiziere des Seebataillons unter dem Obersten Rhode hatten sich eingefunden. Die Musik spielte das österreichische Nationallied und die Verabschiedung geschah in der freundlichsten Weise. Die Regierungsräthe v. Stemann und Wenneker sind hier zurückgeblieben.

Kiel, 8. Juni. Die preussische Regierung requirirt das hiesige Schloß für den Gouverneur v. Manteuffel und droht im Weigerungsfalle mit militärischer Exekution.

Altona, 9. Juni. Hamb. Nachr.: Es verlautet, die Oestreicher stellen um ihre vorgestern genommene Stellung in und um Altona (wobin Gablenz sammt seiner Regierung sich begeben) Feldwachen und Vorposten aus. (S. W.)

Wien, 2. Juni. Die Freiwilligen-Agitation ermattet bereits wieder und hat bis jetzt noch lange nicht zu den Resultaten geführt, die man sich versprochen; es fehlt gerade in jenen Provinzen, welche bei einer spontanen Bewegung zur Landesverteidigung den Anschlag geben würden, in Ungarn und den rein

deutschen Kronländern, aller und jeder Antrieb, dieser Regierung und diesem Ministerium einen besonderen Gefallen zu erweisen. In Ungarn ist noch nicht ein Mann und noch nicht ein Gulden freiwillig gestellt worden, und diesseits der Leitha nicht viel mehr an Truppen, wenn auch die Gelder für patriotische Zwecke etwas reichlicher fließen. Für das Wiener Freiwilligenkorps ist noch kein Mann angeworben, wenn auch Vorbereitungen zu dessen Bildung getroffen sind, in Oberösterreich und Salzburg hat man die Mittheilungen über Bildung des Freiwilligenkorps spitzig dementirt, und in Kärnten, Krain und Steiermark bilden die Ueberreste der nicht eingeschifften mexikanischen Legion den wesentlichen Stock des sich dort bildenden „Alpenjägerkorps.“ Volkstümlich und allgemein ist die Bewegung nur in Tyrol, wo allerdings bereits eine verhältnismäßig sehr namhafte Zahl von Freiwilligen und Schützenkompagnien auf den Beinen steht.

Wien, 8. Juni. Die „Presse“ schreibt: In hiesigen gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß der durch das Einrücken der Preußen in Posen gelezte Kriegsfall nicht die sofortige Aktion Oestreichs herbeiführen werde, sondern daß bei dem Umstand, daß Oestreich die hollsteinische Angelegenheit dem Bunde überantwortet hat, auch die erste Aktion dem Bunde überlassen werden soll.

Venedig, 7. Juni. An die Bevölkerung ist der Befehl ergangen, sich auf drei Monate zu verproviantiren oder die Stadt zu verlassen. An der dalmatischen Küste ist der Eingang in die Häfen bei Nacht verboten.

Zwischen Viktor Emanuel und Garibaldi besteht wieder die größte Herzlichkeit. Das Schreiben, welches Major Trecci nach Caprera überbrachte, worin Garibaldi zum General des fünften Armeekorps ernannt wird, soll ihn bis zu Thränen gerührt haben. Bekanntlich hat Garibaldi vor einiger Zeit in Genua sein Schlachttross verkaufen müssen, welches sofort vom König erworben wurde. In seinem Briefe schrieb nun der König: „General, wenn Sie aus dem Kontinent sind, so werden Sie Ihr Pferd gezäumt und gefesselt finden, wie Sie es bei Varese und Calatafimi hatten.“

Bukarest, 7. Juni. Die türkische Armee soll heute die Donau überschritten und ein Zusammenstoß bereits stattgefunden haben. Rumänische Truppen sind aus Bukarest den Türken entgegenesickert. Prinz von Hohenzollern übernimmt den Oberbefehl und reist morgen zur Armee ab. Die Regierung verlangt von der Kammer eine Anleihe von 36 Mill.

Paris, 8. Juni. Ein Rundschreiben des Herrn Drouyn de Lhuys an die Vertreter Frankreichs bei den deutschen Höfen ermahnt zur Neutralität in dem bevorstehenden preussisch-österreichischen Kampfe. — Der „Konstitutionell“ sagt: Die Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens sind gescheitert, obgleich der Krieg noch nicht begonnen hat. Frankreich hält sich nach wie vor dem Kampfe fern. Es hat keine Verpflichtung und wird seine volle Aktionsfreiheit behalten, ob der Krieg ausbreche oder nicht. Unter veränderten Verhältnissen wird es an den Ereignissen nur dann thätigen Antheil nehmen, wenn gebietende Umstände ihm aus Rücksichten der Vertheidigung der nationalen Ehre und Interessen daraus eine Pflicht machten. (S. W. Ztg.)

Paris, 9. Juni. Der Temps schreibt: Ein Berliner Telegramm sagt: Western überreichte Caroly in Berlin einen Protest gegen den Einmarsch in Posen und wird alsbald abreisen.

Paris. Girardin hält den Entschluß Oestreichs, sich nicht an der Konferenz zu betheiligen, für einen nicht wieder gut zu machenden Fehler. „Oestreich“, sagt er, „setzt gegen den Bund von Preußen, Frankreich und Italien seine Existenz aufs Spiel. Es verzüht, daß es nur das Band ist, welches einen Bündel zusammenhält. Was wird aber aus dem Bündel, wenn das Band reißt?“

Englische Blätter versichern, Königin Victoria sende jeden Morgen ein Telegramm an den König von Preußen ab, welches nur die vier Worte enthalte: „Möge Gott Sie erlösen!“ — Zur Abwechslung konnte sie auch nach Wien telegraphiren.

London, 8. Juni. In der Konferenz wegen der Donaufürstenthümer hat Rußland energisch gegen die Wahl des Prinzen von Hohenzollern in Rumänien protestirt. Gegentheilige Nachrichten sind ungenau. Das Heirathsprojekt zwischen dem Prinzen von Hohenzollern und einer russischen Prinzessin wird dementirt. (Redaktion, Druck und Verlag der G. W. Jansen'schen Buchhandlung.)